

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1,50.
Durch die Post im Ost- und Ober-
sachsenbezirk sowie in sonstigen be-
sonnener Gegenden RM. 1,80 mit
Postzuschlag. Preise freibleibend.
Der Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter sowie Kaufmann und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Gesetzlicher R. 4.
Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-
Cassa Neuenbürg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neuenbürger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenbürg.

Nr. 201

Samstag den 29. August 1931

89. Jahrgang

Notmaßnahmen in Reich und Ländern

Justizreform durch Notverordnung?

Berlin, 28. Aug. In den Richtlinien, die die Reichsregierung den Ländern auf Grund der letzten Notverordnung für ihre Sparmaßnahmen zugesandt hat, wird darauf hingewiesen, daß in Tarifverträge nicht eingetragene Gehälter höher sein dürfen, als vergleichbare Gehälter des Reiches und der Länder, könnten im Wege der Verordnung oder der Aufsicht diese Bezüge den übrigen Gehältern angeglichen werden. Im übrigen können als Vermittlungsmittel insbesondere in Betracht:

Einstellungssperre, Beförderungssperre, Stellenwechsel, Entlassungen und Kündigungen von Angestellten und Arbeitern, Verwendung von katholischen Beamten in anderen Stellen. Es müßte geprüft werden, inwieweit der Behördenapparat mit Rücksicht auf die zukünftige Finanzlage noch aufrechterhalten werden könne.

Ermöglicht sei, auch die Urlaubbestimmungen zu revidieren und die Mittel für Kostensubventionen, Unterstützungen usw. wesentlich zu kürzen. Dienststellen müßten eingeschränkt werden. Die öffentlichen Mittel für Wohnungsbau und andere Bauaufgaben müßten eingeschränkt werden. Die Vorschläge des Städteausschusses für eine Einschränkung der Schullasten müßten von den Landesregierungen eingehend geprüft werden. Das Reichsfinanzministerium wird die Frage auf, ob nicht durch eine Erhöhung der Klassenquoten und der Pflichtstundenzahl und durch eine härtere Vegetationsklausel Einschränkungen erzielt werden könnten. Auf dem Gebiete der Justiz müßten unter Umständen die Kosten der Rechtspflege durch eine Justizreform herabgesetzt werden. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtsleistungen müssen vertretbare Einschränkungen vorgenommen werden.

Aus dem Falligwerden von kurzfristigen Schulden von Ländern und Gemeinden drohe eine besondere Gefahr für die öffentlichen Haushalte. Die Reichsregierung sei bereit, für die Gemeinden durch eine Umschuldungsaktion, deren Ausmaß und Verläufe noch vorbehalten bleiben müßte, beistand einzugehen. Länder und Gemeinden müßten sich bis dahin mit ihren Gläubigern über die Verlängerung der Kredite einigen. Die Reichsregierung würde den Ländern und Gemeinden nur in den Fällen einer Umschuldungsaktion, oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Wohlfahrtsleistungen eine finanzielle Hilfe leisten.

Auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtsleistungen könne nur soweit untertugend eingegriffen werden, wo sowohl im Land, als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Staatsausgleich Erforderliche getan worden sei.

Weiter heißt es, daß bei den zuständigen Stellen daran gedacht wird, eine Forderung der an sich unbefristeten Notverordnungen eintreten zu lassen, sobald sie finanziell vertretbar sein wird.

Weiter wird angekündigt, daß der Reichsfinanzminister mit dem Reichsjustizminister die Verbindung aufnehmen wird, um die Frage der Justizreform im Wege der Notverordnung zu prüfen.

Zwischen Reichsfinanzministerium und Reichsjustizministerium wird auch über das Problem der Arbeitslosenversicherung verhandelt.

Preußen kürzt die Kommunalgehälter

Rein Oberbürgermeister darf mehr als 31 500 RM. beziehen

Berlin, 28. Aug. Die preussische Regierung wird am 1. September eine Notverordnung erlassen, durch die die von preussischen Städten und Gemeinden gezahlten Gehälter neu geregelt werden. Ferner wird die Notverordnung auch Bestimmungen über die Gehälter des Schulleiters bringen.

Am einschneidendsten erscheinen die Bestimmungen über die Neueinstellung der Magistratsgehälter, die bis zu 24 Prozent gekürzt werden sollen. Da nach der letzten Notverordnung die Gehälter der Magistratsmitglieder bereits um 13 Prozent gekürzt wurden, tritt durch die neue preussische Notverordnung alsdann eine Kürzung um weitere 11 Prozent ein. Das Gehalt der Oberbürgermeister der großen preussischen Städte darf künftig nicht mehr als ein preussisches Mindestgehalt betragen. Demjenigen preussischen Oberbürgermeister, der mehr als 31 500 RM., das jetzige preussische Ministergehalt, beziehen wird das Gehalt auf diesen Betrag herabgesetzt. Von dieser Kürzung ist unter anderen der Oberbürgermeister von Berlin recht schwerlich betroffen, der gegenwärtig 36 000 RM. Gehalt und 24 000 RM. Kasinowandentgelt zusammen 60 000 Reichsmark, bezieht. Viel härter noch trifft die neue Notverordnung den Oberbürgermeister von Köln, der nach einem bedeutend höheren Gehalt bezieht als sein Berliner Kollege. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen preussischen Städten, die vielfach in der Bemessung des Gehalts für ihre Oberbürgermeister nicht gerade kleinlich waren.

Die Bürgermeister sollen künftig nur noch den Staatssekretärsgehalt beziehen, der gegenwärtig 22 750 RM. beträgt, die Stadträte einen Ministerialdienstantegehalt. Sie werden künftig etwa 16 000 RM. im Jahr erhalten. Im diesen Punkt der Verordnung sind besonders heftige Kämpfe entbrannt, da viele Städte sich Nachhabträge engagiert hatten, die durch diese Notverordnung in manchen Fällen 75 Prozent ihres Gehalts verlieren. So bezieht der Stadtbaurat von Hannover etwa

50 000 RM., von denen ihm nach der Verordnung 34 000 RM. gekürzt werden müssen.

Noch schwerwiegender als die Gehaltsregulierungen sind die Bestimmungen über den Schulleiter, die vorsehen, daß alle Junglehrer entlassen und alle nicht fest etatlierten Lehrstellen aufgehoben werden. Danach muß beispielsweise Berlin insgesamt etwa 1000 Lehrer entlassen. Dabei bleibt die Verordnung noch weit hinter den ursprünglichen Forderungen des Kabinetts zurück. Um diesen Teil der Notverordnung hat es besonders heftige Kämpfe gegeben. Gegen noch weitere Kürzung des Schulleiters hatte Kultminister Grimm mit seiner Demission gedroht.

Arbeitslosenunterstützung in Naturalien?

Berlin, 28. Aug. Ein Berliner Abendblatt will wissen, daß der Reichsarbeitsminister beabsichtigt, im kommenden Winter die Arbeitslosenhilfe in umfassendem Maße durch Sachleistungen zu ersetzen und die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerorganisationen bereits aufgefordert seien, jene umfassenden Durchführung dieses Planes Stellung zu nehmen. Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist diese Meldung falsch. Es ist weder eine „umfassende Durchführung“ eines solchen Planes in Aussicht genommen, noch sind die Organisationen um Stellungnahme ersucht worden. Es handelt sich vielmehr nur darum, daß in der zuständigen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums die Frage geprüft wird,

ob und in welcher Weise sich vielleicht die Einschlebung von Naturalien ermöglichen läßt, wenn etwa im Laufe des Winters bei einer Arbeitslosenzahl von sechs Millionen einmal nicht die notwendigen Mittel für die Arbeitslosenhilfe vorhanden sein sollten.

Die gesetzliche Grundlage dafür ist an sich durch den § 100, Abs. 2, des Arbeitslosengesetzes gegeben, in dem festgelegt ist, daß die Unterstützung „in besonderen Fällen ganz oder teilweise in Sachleistungen geleistet“ werden kann. Dabei ist man sich im Reichsarbeitsministerium aber bereits jetzt, obwohl die Erwägungen sich noch im ersten Stadium befinden, darüber klar, daß die Naturalleistung doch immer nur für einen Teil der Unterstützung möglich sein könnte.

Moskaus Abfrage an Warschau

Litwinow gibt eine scharfe Erklärung in Berlin

Berlin, 28. Aug. In einer Erklärung, die der Außenminister der UdSSR, Litwinow, heute nachmittag vor der in- und ausländischen Presse abgab, betonte er, daß eine Pressepalast über Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Polen wegen eines Nichtangriffspaktes vollständig überflüssig gewesen sei, da „Verhandlungen weder geführt wurden, noch geführt werden“. Dies sei schon wiederholt von der Sowjetpresse und von der Telegraphenagentur der Sowjetrepublik erklärt worden. Er selbst halte es aber für richtig, diese Erklärung noch ausdrücklich zu betonen, sei er doch die Stelle, die von den Unterredungen wissen müßte, wenn sie stattgefunden hätten.

Zur gegebenen Moment, so sagte Litwinow, diese Einleitung abschließend, sei mehr denn je Klarheit und Ehrlichkeit in der Charakterisierung der zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Beziehungen notwendig. Daraus ging der Außenminister zur Darlegung des wirklichen Sachstandes der sowjetisch-polnischen Verhandlungen über. Er stellte kurz, wie im August 1926 die Sowjetregierung der polnischen Regierung einen Nichtangriffspakt vorschlug, dessen Abschluß daran scheiterte, daß die polnische Regierung auf unannehmbaren Bedingungen bestand. Die Verhandlungen seien 1927 abgebrochen worden und seitdem nicht wieder aufgenommen worden. Auch der Umstand, daß der polnische Gesandte in Moskau, Patek, vor einigen Tagen ein Dokument überreichte, habe nicht der Frage einer Wiederaufnahme der Verhandlungen gegolten, sondern vielmehr nur den Zweck gehabt, wie Patek erklärte, die Ergebnisse der Verhandlungen des Jahres 1927 zusammen zu fassen. Litwinow betonte bei dieser Gelegenheit, daß die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion kein Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und dritten Staaten gewesen seien.

Die Sowjetunion wünsche den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit allen Staaten, mit denen sie in unmittelbarem Kontakt stehe und sie habe auch vor einiger Zeit die entsprechenden Vorschläge gemacht. Sie sei aber der Ansicht, daß dergleichen Pakte nicht von irgendwelchen Bedingungen abhängig gemacht werden dürften. Eine Reihe von Staaten, wie vor allem Deutschland, habe mit der Sowjetunion bereits solche Verträge abgeschlossen. Man hoffe, in der aller nächsten Zeit auch mit Frankreich zu einem Abbruch zu kommen, um so mehr, als die bisherigen Verhandlungen auf keine Schwierigkeiten gestoßen seien.

Ungelegenpreis:

Der einjährige Postzeitung über
den Raum 25 Pf., Ostamtsblatt
20 Pf., Westamtsblatt 10 Pf. 20 Pf.
Südost- und Südwest-
amtsblatt 20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Abnahmehens häufig
mehr, ebenso wenn die Zeitung
nicht innerhalb 8 Tagen nach
Bestellung erfolgt. Bei Vorbestellungen
werden sofort alle fehlenden
Verbindungen außer Kraft-
Gehaltskonto für beide Teile in
Neuenbürg. Für telef. Aufträge
wird kein Zuschlag erhoben.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Finanzkatastrophe in Sachsen

Bestürzung im Reichsfinanzministerium

Berlin, 28. Aug. Im Hinblick auf die Konferenz der Finanzminister der preussischen Länder im Finanzministerium (bei der es sich nicht um eine besondere Angelegenheit, sondern um eine der üblichen regelmäßigen Zusammenkünfte handelte) fand auch noch eine Besprechung der Finanzminister beim Reichsfinanzminister Dietrich statt. Bei dieser Gelegenheit nahm, wie die „Sächs. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite erzählt, der sächsische Ministerpräsident Schick das Wort, um noch einmal die überaus katastrophale Lage Sachsens, bedingt durch die bedrängte Lage der Industrie und die den Reichsdurchschnitt bei weitem übersteigende Höhe der Wohlfahrtsleistungen, eingehen zu schildern und sofortige Hilfe durch das Reich zu fordern. Wie verlautet, sollen die Ausführungen Schicks im Reichsfinanzministerium Bestürzung hervorgerufen haben, da man bisher die Lage in Sachsen doch nicht für so ernst angesehen habe, wie sie in Wirklichkeit ist. Es herrsche allgemeine Uebereinstimmung, daß sofort etwas geschehen müsse, um Sachsen zu helfen.

Keine preussische Notverordnung über Abbau der Gemeindegehälter

Berlin, 28. Aug. Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, die preussische Regierung beabsichtige, zum 1. September eine neue Notverordnung zu erlassen, die alle Gehälter der preussischen Staats- und Gemeindebeamten neu regelt und neue Bestimmungen zum Gehaltsabbau bringen soll, erfahren wir aus der preussischen Staatsregierung, daß eine derartige Notverordnung zum 1. September schon deshalb nicht in Frage kommt, weil das preussische Kabinett erst am 1. September zusammentritt. Das Kabinett hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht befaßt. Es ist ihm auch keine entsprechende Vorlage zugegangen.

Bezüglich der Festlegung der Gehälter für Oberbürgermeister erfahren wir in diesem Zusammenhang von unterrichteter preussischer Seite weiter, daß Richtlinien für die Gehälter der Oberbürgermeister preussischer Städte bestehen, wozu kein Oberbürgermeister von der Regierung beauftragt wird, dessen Gehalt höher ist als das in den Richtlinien vorgegebene Gehalt.

„Wir erstreben“ führte Litwinow weiter aus, selbstverständlich eine Besserung unserer Beziehungen zu Polen. Dies kann aber nicht durch das Verbreiten von Gerüchten über nichtexistierende Verhandlungen erreicht werden. Dergleichen kann nur Aufregung und Polemik hervorrufen, was gerade zu vermeiden ist. Ich bin gezwungen, so sagte er, diese Erklärung im Interesse der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen selbst abzugeben.

Abschließend betonte Litwinow, daß die Sowjetunion stets bestrebt sei, die politische Atmosphäre zu reinigen und eine internationale Verständigung zu erreichen, daß sie zu diesem Zweck an der Europakommission teilgenommen und mitgearbeitet habe, und daß sie hoffe, die neuerlich bevorstehende Tagung dieser Kommission werde den von der Sowjetregierung vorgebrachten wirtschaftlichen Nichtangriffspakt in ernsthafte Erwägung ziehen.

Die Reichsregierung erklärt amtlich:
In seiner Nummer vom 28. d. M. bringt „Der Deutsche“ eine Karikatur des zurzeit hier als Gast weilenden russischen Volkstheaters Litwinow und beleidigt ihn dabei in der gröblichsten Weise.

Die Reichsregierung kann ein solches außerordentlich bedauerliches Verhalten nur auf das schärfste mißbilligen („Der Deutsche“ ist die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, das Blatt des Reichsarbeitsministers Stegerwald.)

Der „Deutsche“ verboten

Berlin, 28. Aug. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen hat der Reichspräsident die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Deutsche“ wegen der von ihr veröffentlichten Karikatur Litwinows mit sofortiger Wirkung bis zum 2. September 1931 ein schließlich verboten.

Reichsaufsicht über die privaten Bauparassen

Berlin, 28. Aug. Der Reichsaufsicht veröffentlicht heute eine Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Reichsaufsicht über die privaten Bauparassen am 1. Oktober 1931 aufgrund des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bauparassen vom 6. Juni 1931 — RMBl. I, Seite 315.



Württemberg

Hirsau, 28. August. (Erdbeleg Wilson von Spanien in Hirsau.) Erdbeleg Wilson von Spanien hat am Donnerstag mittags auf der Straße kurze Zeit in Hirsau gewirrt und dort mit zwei Begleitern im Hotel „König“ eingekehrt. Wilson, der unter dem Namen „Herzog von Toledo“ zu reisen pflegt, hat sich kurz auf einer Autofahrt nach der Adelsburg-Station. Das letzte Mal hat er am Freitag in Hirsau gewirrt, hatte der König in seinem Reisejournal die deutsche Grenze bei Hirsau überschritten und war über Baden-Baden nach Hirsau gekommen. In einem Gespräch mit Kurpfälzern äußerte sich König Wilson sehr anerkennend über die schönen Ausblicke des Schwarzwalds, zog Kellnerbedienten ein und zeigte sich überaus umgänglich und liebenswürdig. Die Doctoren einer großen Kellnergesellschaft beschleunigte aber seinen Aufbruch und mit freundlichem Winken entschwand er, verfolgt von den Doctoren der Kellner-Photographen, König Wilson hat seine Zeit über Stuttgart und Nürtingen fortgesetzt.

Stuttgart, 28. Aug. (Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg.) Nach dem Ausweis des Finanzministeriums über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1931 ergab sich bis Ende Juli 1931 im öffentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 19350000 Mk. und im außerordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 10840000 Mk.

Urdorf, 28. August. (Fall Vaskantel „Schwaben“.) Wie bekannt, wurde der Verstorbenen der hiesigen Vaskantel „Schwaben“, Josef Anton Hirsau, wegen Betrugs verhaftet. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß über 50 Betrugsfälle vorliegen, bei denen sich Hirsau etwa 500000 RM. erschloß. Hirsau hat sich bereits in die Haft begeben und weitere Fälle hinzukommen.

Friedrichshafen, 28. Aug. (Zum Lindauer Bootsunfall.) Bei dem Opfer des Bootsunfalls auf dem Bodensee bei Lindau handelt es sich um die 23jährige Tochter des Oberpostleiters Bauer in Hirsau. Fräulein Bauer war in Stuttgart in Stellung und wollte bei Ferien bei ihren Eltern in Hirsau verbleiben. Vorher unternahm sie mit ihrer Freundin Sophie Luchter aus Stuttgart einen Ausflug auf dem Bodensee. Die Eltern hatten ihre Tochter bereits am Sonntag erwartet, da diese vorher in einem Brief ihre Ankunft für Mitte August angekündigt hatte. In dem gefundenen Handtäschchen befand sich ein Staatsangehörigkeitsausweis, aus dem die genaue Persönlichkeit zu ersehen war. Wie sich das Unglück zugefahren hat, ist nicht geklärt. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Friedrichshafen, 28. August. (Ein Ogerklau für 100 Mark.) Welchen Schaden die 100 Mark-Berordnung dem Reichsfiskus Fremdenverkehr anrichtete, schreibt das Voralberger Volksblatt in Weengen, ist allen klar. Diese Verordnung wurde am Mittwoch aufgehoben. Damit dieser Schaden nicht noch einen Deckel erhält, gibt das Reichsfiskus Finanzministerium einen Betrag heraus, aus welchem Gründen ist uns unbekannt, demzufolge ausländische Gäste, die von Leuten betrogen werden, die die Auto-Gewerbesteuer zahlen, also Taxi und Autobusse, sowie Lastwagen mit Personenabfuhr, nur mehr gegen Bezahlung des vollen Zolltarifs die Grenze nach Österreich passieren dürfen, daß daher für sie die Trip-Gewerbesteuer ungültig ist. Nach Verhandlungen am Zollamt Unterhochsteg mußten bereits solche Omnibusse zurückgewiesen werden.

Elmangen, 28. Aug. (Die Fallgebelwerkstätte dem Staatsanwalt.) Die auf dem Dachboden eines Hauses in Schloß Elchingen, die Fallgebelwerkstätte, wurde heute als ein modern eingerichteter Betrieb mit allen notwendigen Maschinen und Werkzeugen. Dieses Material wurde heute mit einem Auto nach Elmangen geführt, um der Staatsanwaltschaft als corpus delicti ausgestellt zu werden. Es wurden bisher lediglich 500 Stück Fallgebelwerkstätte beschlagnahmt. In Vorbereitung waren fünf Stück, doch sind diese noch nicht zur Ausführung gelangt.

Die Kommunisten verlangen Einberufung des württ. Landtags

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Schneck hat namens der kommunistischen Landtagsfraktion den Antrag gestellt, den württ. Landtag auf Donnerstag, 3. September 1931, mit folgender Tagesordnung einzuberufen: Stellungnahme des Landtags zu der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 betr. Ermächtigung der Landesregierungen für alle Maßnahmen zum Ausgleich der Haushalte für Länder und Gemeinden; 2. Antrag über die Hilfsmassnahmen der von Hochwasser und Hagelbeschädigten Kleinbauern in Württemberg. Zur Begründung des Antrags wird angeführt, daß durch die neue Notverordnung nicht nur der württembergische Landtag, sondern auch die Gemeinderäte zum Schuttdasein des derzeitigen Reichstags verurteilt und daß die letzten Reste von Selbstverwaltung in Staat und Gemeinden dadurch vernichtet seien. Der Landtag müsse sich gegen seine Ausbeutung zur Wehr setzen und dürfe auch in die Rechtsordnung der Gemeinden nicht einwilligen. In einem weiteren Antrag verlangen die Abgeordneten Schneck und die übrigen Mitglieder der Landtagsgruppe der K. P. D. die Notverordnung vom 24. August 1931 in Württemberg nicht durchzuführen. Im Gegensatz zu dieser Notverordnung soll der Landtag beschließen, daß in erster Linie die Verpflichtungen aus Verträgen wie z. B. mit dem Haus Württemberg und wie sie aus dem Gesetz über die Kirchen hervorgehen, nicht mehr einzubehalten, vielmehr die Rente im Betrag von 120 000 Reichsmark für das Haus Württemberg sowie die Zuschläge an die Kirchen einzustellen sind.

Piccard vor einem neuen Statospärenflug?

Friedrichshafen, 28. Aug. Wie aus Brüssel gemeldet wird, sollen von Professor Piccard alle Vorbereitungen für einen neuen Statospärenflug getroffen worden sein. Der Ort des Aufstiegs ist zwar noch nicht bestimmt, jedoch dürfte sich Piccard für Friedrichshafen entscheiden. Bemerkenswert ist, daß Piccard selbst ausdrücklich betont, dieser geplante Flug bedeute

keinen Versuch, seinen ersten Rekord zu überbieten, vielmehr handele es sich um eine Kontrolle der erzielten Resultate des ersten Fluges. Man habe zwar Temperaturmessungen vorgenommen und auch sonstige Beobachtungen gemacht; sie seien jedoch, da ein Teil der Apparate beim damaligen Aufstieg zertrümmert wurde, unvollständig geblieben. Es ist auch nicht bekannt, ob der Assistent Dr. Müller diesen Flug wieder mitmacht, da zwischen Piccard und Müller eine gewisse Entfremdung eingetreten sein soll. Den Kontrollflug beobachtet Piccard möglichst in aller Stille vorzunehmen. Bis heute ist in Friedrichshafen von den Vätern Piccards nichts bekannt. Auch hat er sich mit keiner hiesigen Stelle bis jetzt in Verbindung gesetzt.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, 28. Aug. In der „Roten Sturmflut“, einem kommunistischen Wochenblatt, das in Württemberg erscheint, wurden gegen die Spinnereifirma Adolf, A.G. in Württemberg außerordentlich schwere Vorwürfe erhoben im Zusammenhang mit einem von der Firma unterhaltenen Arbeiterheim. Der verantwortliche Redakteur des Blattes hatte sich wegen dieser unehrenhaften Behauptungen vor dem Schöffengericht in Cannstatt zu verantworten. In der Hauptverhandlung stellte sich einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Stuttgart, 28. Aug. Der Abgeordnete Herrmann (K.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verhältnisse am dem Ostmarkt lassen jetzt schon erkennen, daß der Absatz anderer einheimischer Obstes diesen Herbst auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Schuld daran sind die Verhältnisse auf dem Welt- und Kreditmarkt. Die Obstzüchter einwandfrei heraus, daß die erhobenen Vorwürfe vollständig aus der Luft gegriffen waren. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mark, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Murrthal-Voten“.

Wenn die Pressestelle bemerkt, daß der Sache der Kriegsbeschädigten durch unrichtige und übertriebene Darstellungen ein schlechter Dienst erwiesen wird, so ist eine solche Äußerung unter Berücksichtigung des Gesamtwahns einfach unverständlich. In der Angelegenheit B. handelt es sich weder um eine unrichtige noch um eine übertriebene Darstellung. Allerdings müssen wir leider zugeben, daß es noch größere Härten in der Kriegsoberverpflegung gibt, als in der Angelegenheit des schwerkriegerbeschädigten B. So, wenn man z. B. Kriegswitwen von der bisherigen Rente und Zulage in Höhe von 71,10 RM. 37,05 RM. kürzt, so daß noch 34,05 RM. verbleiben. Wir können nachweisen, daß Kriegswitwen nach Zahlung der Rente noch rund 4 RM. monatlich für den übrigen Lebensunterhalt übrigbleiben.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.)

Die Erwiderung auf unsere erste Antwort beweist uns, daß wir uns doch nicht in der Person des Artikelverfassers geirrt haben. Sollten Sie es infolge Ihrer Bildungshöhe, gepaart mit hoher Auffassungsgabe, aus unserer ersten Antwort noch nicht herausgesehen haben, für was wir Sie halten, so ist Ihnen eben nicht zu helfen. — Hiermit Schluß.

R.E.D.M.B., Ortsgruppe Neuenbürg.

Hinweise

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen, und werden werden mit 50 Bg. die Zeile berechnet.)

Neuenbürg, 28. Aug. Der Bezirkskassamverein hält am Sonntag, den 30. August, nachm. 2 Uhr, in der Turnhalle in Neuenbürg seine jährliche Generalversammlung ab. Es wäre wünschenswert, daß sich die Mitglieder recht zahlreich an dieser Veranstaltung beteiligen, damit jeder über den Stand der Genossenschaft eingehend unterrichtet wird. Mit der diesjährigen Generalversammlung wird gleichzeitig das zehnjährige Bestehen der Genossenschaft gefeiert werden, wobei den Mitgliedern allerlei Ueberraschungen in Aussicht stehen.

Neuenbürg, 28. Aug. Wie aus dem Inseratenteil in heutiger Nummer ersichtlich ist, veranstaltet der Verkehrsverein zu Ehren der hier anwesenden Kurkurgäste im Gasth. zum „Bären“ ein Streichkonzert, wozu die Kurgäste sowie auch alle Freunde und Gönner dieses Vereins eingeladen werden. Die Harmonikabteilung des Musikvereins unter Leitung ihres bewährten Dirigenten Kapellmeister Otto W. n. d. t. wird Werke bekannter Komponisten zum Vortrag bringen, deren Zusammenstellung wirklich den Charakter eines ausgeprägten Kurkonzerts verrät. Mehrere solcher Veranstaltungen waren für den nun zu Ende gehenden Sommer geplant, mißten aber der unglücklichen Zeit- und Witterungsverhältnisse wegen ausfallen. Umso mehr darf für diese Veranstaltung mit einem sehr zahlreichen Besuch der Kurkurgäste mit ihren Quartiergebern wie der gesamten Einwohnerschaft gerechnet werden, zumal der Eintritt frei ist. Wir verweisen noch besonders auf das Inserat in heutiger Nummer.

Neuenbürg, 28. Aug. Das Schauspielhaus Borsheim eröffnet mit dem heutigen Tage seine neue Spielzeit und wird wie auch heute nunmehr in regelmäßiger Folge seinen Wochenplan im Inseratenteil unserer Samstagsnummern unsern geschätzten Lesern zur Kenntnis bringen.

Landes-Theater Ulm, Sonntag, 30. August, nachm. 4 Uhr, findet eine Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen (50 Bg. bis 2 RM.) statt. Zur Aufführung gelangt das neue städtische Lustspiel „Konto X“ in 3 Akten von Bernauer und Osterreiter. Hans Loose in der Hauptrolle des Weinagl muß man gebürtig und gesehen haben. Wenn Sie ein paar verquälte Stunden verleben wollen, besuchen Sie diese billige Vorstellung. Ende des Stücks nach 6 Uhr.

BETTEN

Matratzen
Aussteuern

Qualitäts-Erzeugnisse
aus eigenen Werkstätten

FR. Breusch
Pforzheim, Metzgerstr.

Erstes Haus
am Platze.

Zur Gesichts-Bräunung

Birnenfeld
Das Stromgeld

Ist unter Angabe des Zählerstandes zu zahlen:

Buchst. A—K am 1. Sept.	je von 8—12 Uhr
" L—P " 2. "	und von 1—7 Uhr.
" T—Z " 3. "	

Förstler.

Saison-Ausverkauf vom 29. Aug. bis 12. Sept. 1931

Sämtliche Sommer-Artikel weit unter Preis

Damaste, Halbleinen, Stuhltücher, Hemdentücher, weiße Halbflanelle, Sportflanelle, Schürzen- und Kleider-Stoffe ebenfalls im Preise weit herabgesetzt

Günstigste Gelegenheit zum Einkauf von Aussteuer-Artikeln!

FELIX RALL, Neuenbürg a. Enz.

